

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

### **des Bürgerforums Westerberg, Weststadt (15)**

am Mittwoch, 11. Mai 2011

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.00 Uhr

Ort: Hochschule Osnabrück, Albrechtstraße 30 (Wilhelm-Müller-Hörsaal)

---

#### Teilnehmer/-innen

#### Sitzungsleitung:

Herr Oberbürgermeister Pistorius

#### von der Verwaltung:

Frau Stumberg, Fachbereich Städtebau / Fachdienst  
Verkehrsplanung

Herr Tietz, Erhebungsstelle Zensus 2011 für die Stadt Osnabrück

#### von der Stadtwerke Osnabrück AG:

Herr Hoffmeister / Unternehmensentwicklung

#### Protokollführung:

Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

## Tagesordnung

### TOP Betreff

---

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
  - a) Durchführung des Zensus 2011 in Osnabrück
  - b) Einsatz des OS Teams (Parksituation in der oberen Wilhelmstraße / Wahrnehmung der Einhaltung der öffentlichen Ordnung)
  - c) Aufstellung von Fahrradbügeln an der Augustenburger Straße in Höhe Einmündung Gellertstraße
  - d) Weitere Schutzmaßnahmen gegen Straßenlärm für Bewohner der Bismarckstraße  
Nachmeldung/Ergänzung der Tagesordnung
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- 4 Anregungen und Wünsche

Herr Oberbürgermeister Pistorius begrüßt ca. 35 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder - Frau Kuhlmann-Reifurth, Herr Meimberg - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

## **1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)**

Herr Oberbürgermeister Pistorius verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 11.11.2010 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

## **2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)**

### **2 a) Durchführung des Zensus 2011 in Osnabrück**

Herr Tietz von der Erhebungsstelle Zensus 2011 für die Stadt Osnabrück stellt anhand einer Präsentation die Vorgehensweise für die zum Stichtag 9. Mai 2011 durchzuführenden Erhebungen vor.

Der Zensus ist eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung und dient zur Aktualisierung des Datenbestandes. Die letzten Volkszählungen fanden in den 80-er Jahren statt, gesamtdeutsche Daten wurden seitdem nicht erhoben. Diese Zählungen werden nicht nur in Deutschland, sondern EU-weit durchgeführt. Die Daten werden benötigt, um eine aussagekräftige Basis für Planungen in den Bereichen Städtebau, Wohnraum, Ausbau der Infrastruktur, Bildung, Integration, demografische Entwicklung u. a. zu erhalten. Die genaue Einwohnerzahl ist z. B. Grundlage für den Länderfinanzausgleich und die Verteilung von EU-Fördermitteln.

Bei der Gebäude- und Wohnungszählung werden alle Haus- und Wohnungseigentümer befragt. Bei der Haushaltezählung findet eine Stichprobenerhebung von bis zu 10 % der Bevölkerung statt. In Osnabrück werden etwa 6.000 Haushalte befragt sowie ca. 32.000 Gebäude-/Wohnungseigentümer. Die Daten werden in anonymisierter Form ausgewertet. Die Daten dürfen nicht an andere Behörden, wie z. B. das Finanzamt oder die Meldestelle weitergegeben werden. Die Nennung von Name und Anschrift dient dazu, den Rücklauf der Fragebögen zu gewährleisten und Doppelzählungen zu vermeiden. Alle angeschriebenen Personen sind zur Teilnahme am Zensus verpflichtet.

Die ca. 150 im Stadtgebiet von Osnabrück tätigen Erhebungsbeauftragten müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen und werden für die Durchführung der Befragungen sorgfältig geschult. Bei der Haushaltebefragung weisen sie sich mit einem amtlichen Dienstaussweis und dem Personalausweis aus. Allerdings muss niemand die Erhebungsbeauftragten in seine Wohnung hineinlassen. Die Fragebögen können auch per Post zurückgesandt oder im Internet ausgefüllt werden.

Die Erhebungsstelle Zensus 2011 der Stadt Osnabrück ist räumlich, organisatorisch und personell von anderen Dienststellen der Stadtverwaltung getrennt. Die dort tätigen Mitarbeiter/-innen unterliegen der besonderen Geheimhaltungspflicht.

In nächster Zeit wird über die Presse ausführlich zu den Befragungen informiert. Weitere Details und Muster der Fragebögen finden sich auf den Webseiten [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de) und [www.lskn.niedersachsen.de](http://www.lskn.niedersachsen.de). Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erhebungsstelle Zensus in Osnabrück stehen jederzeit für Nachfragen zur Verfügung.

## **2 b) Einsatz des OS Teams (Parksituation in der oberen Wilhelmstraße / Wahrnehmung der Einhaltung der öffentlichen Ordnung)**

Herr Kühn berichtet, dass die Parkdisziplin der „Krankenhaus-Parkgeldflüchtlinge“ in der oberen Wilhelmstraße rapide abgenommen hat. Er fragt, inwieweit sich die Stadt Osnabrück verpflichtet sieht, die Einhaltung der öffentlichen Ordnung wahrzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius stellt klar, dass sich die personellen Veränderungen beim OS Team nicht auf die Intensität der Verkehrskontrollen auswirken, sondern nur auf den Ordnungs- und Servicebereich beziehen. Weiterhin teilt er mit, dass dieses Thema bereits in den Jahren 2008 und 2009 in Bürgerforen erörtert wurde. Die Situation hatte sich nach Feststellung der Verwaltung nach der Umsetzung der verkehrslenkenden Maßnahmen (Einrichtung von Haltverboten und Sperrung kritischer Seitenbereiche) entspannt. Dennoch führt der Verkehrsaußendienst der Stadt Osnabrück auch weiterhin, im Rahmen der personellen Möglichkeiten, Verkehrskontrollen durch. Seit Beginn des Jahres 2011 wurde der Park- und Haltverkehr in der oberen Wilhelmstraße insgesamt 15-mal kontrolliert. 8-mal wurden dabei keine Verkehrsverstöße festgestellt, ansonsten wurden insgesamt 15 Verwarnungen erteilt. Die letzte Kontrolle erfolgte am 05.05.2011. Hieraus kann abgeleitet werden, dass von dauerhaften, unhaltbaren Zuständen wegen der Parksituation an der oberen Wilhelmstraße nicht mehr ausgegangen werden muss. Zweifelsfrei wird es auch weiterhin immer mal wieder zu Problemen mit falsch parkenden Kraftfahrzeugen kommen, die gelegentlich auch gravierend sein können. In diesem Fall bittet die Stadt um einen konkreten telefonischen Hinweis, damit gegebenenfalls auch einmal spontan kontrolliert werden kann.

Ein Anwohner der oberen Wilhelmstraße begrüßt es ausdrücklich, dass stichprobenhaft durch das OS Team kontrolliert wird, da sich die Situation oft problematisch darstellt. Auch das Klinikum Osnabrück wurde bereits angesprochen, da es sich bei den Parkern offensichtlich um Beschäftigte des Klinikums handelt, die Ausweichmöglichkeiten zu den kostenpflichtigen Stellplätzen am Klinikum suchen. In letzter Zeit hätten die Parkverstöße allerdings wieder zugenommen. Er regt an, durch das OS Team für einen gewissen Zeitraum intensiver vor Ort präsent zu sein, um einen gewissen „Abschreckungseffekt“ zu erzielen.

Ein weiterer Bürger berichtet, dass jeder freie Straßenabschnitt im Umfeld des Klinikums zaparkt werde, z. B. an der Zufahrt in Richtung Lotter Kirchweg.

Eine Bürgerin teilt mit, dass auch der untere Teil der Wilhelmstraße von diesen Parkproblemen betroffen sei.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass zunehmend Klagen von Anwohnern im Stadtgebiet über Parkverstöße vorgetragen werden und bittet um Verständnis, dass nicht jederzeit überall kontrolliert werden könne, da die personellen Möglichkeiten des OS Teams begrenzt seien. Ein intensiverer Einsatz für einen befristeten Zeitraum solle aber geprüft werden.

Ein Bürger fragt, ob das OS Team immer mit zwei Personen unterwegs sein müsse.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass dies z. B. aus Gründen der Sicherheit erforderlich sei, da leider immer wieder einzelne Personen nicht vor Drohgebärden zurückschrecken.

Ein Bürger erläutert, dass ein kostenpflichtiges Parken von einem Teil der Belegschaft des Klinikums offenbar als unzumutbar empfunden werde, so dass sie in die Nachbarschaft der Wohngebiete ausweichen und weitere Wege in Kauf nehmen würden. Das Klinikum sollte daher die Parkkosten für ihre Beschäftigten übernehmen.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist darauf hin, dass viele Beschäftigte - insbesondere im innerstädtischen Bereich - ihre Parkkosten selber zu tragen hätten. Der Weg zum Arbeitsplatz liege in der Verantwortung des Arbeitnehmers. Nicht alle Arbeitgeber würden oder könnten diese Kosten für ihre Mitarbeiter übernehmen. Er teilt mit, dass er diese Angelegenheit beim Geschäftsführer des Klinikums ansprechen werde.

Eine Bürgerin regt an, die Beschäftigten seitens des Klinikums zur Nutzung von Rad und ÖPNV zu motivieren.

## **2 c) Aufstellung von Fahrradbügeln an der Augustenburger Straße in Höhe Einmündung Gellertstraße**

---

Herr Meyer regt an, auf der gepflasterten Fläche drei Fahrradbügel zu errichten.

Frau Stumberg beschreibt anhand eines Luftbildes die Situation vor Ort. Die Verwaltung hat den vorgeschlagenen Standort geprüft. Der Bedarf ist gegeben, eine Aufstellung ist möglich und drei Fahrradbügel sollen dort kurzfristig aufgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass die Aufstellung von Fahrradbügeln oft gewünscht werde und die Verwaltung dies soweit möglich umsetzt. Es sei erfreulich, dass zunehmend für kurze Wege das Fahrrad anstelle des Pkw genutzt wird, und zwar von allen Altersgruppen. Wer sein Rad im öffentlichen Straßenraum abstellt, benötigt einen möglichst diebstahlsicherer Abstellplatz. Ansonsten würden die Fahrräder z. B. an Zäune von Privatgrundstücken o. ä. angekettet.

Ein Bürger teilt mit, dass die Fahrradbügel am Belfortplatz gar nicht genutzt werden.

Ein weiterer Bürger fragt, warum bei der Sanierung der Lotter Straße kein Radweg eingerichtet wurde.

Frau Stumberg berichtet, dass der vordere Abschnitt der Lotter Straße charakterisiert sei durch die vielen Einzelhandelsstandorte. Der vorhandene Straßenquerschnitt ließ keine Ausweisung eines zusätzlichen Radweges zu. Weiterhin gebe es die parallel verlaufende Ausweichstrecke für Radfahrer im Katharinenviertel.

Eine Bürgerin führt aus, dass für kurze Strecken die Fahrt durch das Katharinenviertel zu zeitaufwändig sei und daher immer wieder Radfahrer auf dem Bürgersteig der Lotter Straße fahren.

Herr Oberbürgermeister Pistorius betont, dass bei Neuplanungen von Straßenbaumaßnahmen die Ausweisung von Radwegen mit berücksichtigt wird. In der Lotter Straße sei der Straßenquerschnitt definitiv nicht ausreichend, um neben den erforderlichen Gehwegen weitere Radwege anzulegen. Zudem sei zu berücksichtigen, dass aufgrund der dort ansässigen Geschäfte die Gehwege stärker frequentiert würden.

Ein Bürger fragt nach den Unfallzahlen.

Frau Stumberg berichtet, dass der Straßenabschnitt nicht als Unfallschwerpunkt bekannt sei.

Ein Bürger teilt mit, dass aufgrund der Kopfsteinpflasterung in den Seitenstraßen viele Radfahrer auf die Bürgersteige ausweichen würden.

Ein weiterer Bürger weist darauf hin, dass bei den Planungen für den Straßenausbau die Anwohner sowie die ansässigen Geschäftsleute aktiv beteiligt waren und der Ausbau gut gelungen sei.

Ein Bürger berichtet, dass leider immer öfter die fehlende Rücksichtnahme und ein egoistisches Verhalten der Verkehrsteilnehmer zu beobachten seien. Das Befahren der Bürgersteige durch Radfahrer bringt ein besonders hohes Gefahrenpotenzial mit sich, wenn die Hauseingänge direkt an den Gehweg angrenzen. In der Katharinenstraße und den Seitenstraße würden die Kfz in den verkehrsberuhigten Bereichen oft nicht die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit einhalten.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist darauf hin, dass alle Teilnehmer am Straßenverkehr eine ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht zu wahren hätten. Leider gebe es immer wieder ein Fehlverhalten einzelner Personen. Von Bürgerinnen und Bürgern werde oft eine verstärkte Überwachung des Verkehrs gefordert. Andererseits sehe sich die Verwaltung dem Vorwurf ausgesetzt, sie würde Bußgelder nur verhängen, um die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern.

Eine Bürgerin teilt mit, dass an der Lotter Straße einige Fahrradbügel umgefahren wurden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass die Blumenthalstraße nach dem Umbau Hans-Calmeyer-Platz nicht mehr mit Tempo 30 ausgewiesen ist.

Frau Stumberg teilt mit, dass die Beschilderung umgehend ergänzt wird.

## **2 d) Weitere Schutzmaßnahmen gegen Straßenlärm für Bewohner der Bismarckstraße**

Frau Scheffczyk und Herrn Dr. Finck fragen erneut an, welche Lösungsmöglichkeiten die Stadt Osnabrück vorschlägt, um insbesondere das nächtliche Befahren der Straße mit überhöhten Geschwindigkeiten zu verringern.

Frau Stumberg teilt mit, dass dieses Thema bereits mehrfach im Bürgerforum Westerberg, Weststadt beraten wurde (zuletzt am 11.11.2010, siehe TOP 2a des Protokolls). Die Verwaltung hat bereits etliche Vorschläge erarbeitet und hinsichtlich ihrer Umsetzung geprüft. Darüber hat der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 30.09.2010 beraten. Die Verwaltung hat eine provisorische Einengung mit so genannten „Legosteinen“ errichtet sowie die Fugen des Kopfsteinpflasters eingeschlämmt. Nach Auswertung der Testphase im Frühjahr (nach den Osterferien und Wiederbeginn des Semesters) sind evtl. Umgestaltungen der Straße vorstellbar. Das Ergebnis der Testphase und mögliche ergänzende Maßnahmen werden dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt.

Eine Bürgerin regt an, die Lego-Steine nur auf einer Straßenseite zu errichten, dafür aber in doppelter Breite. Damit würde die freie Sicht über die gesamten Straßenverlauf eingeschränkt, die sicherlich eine Ursache für das zu schnelle Fahren sei. Wenn das Parken bis direkt vor die Einengungen ermöglicht werde, müssten weniger Stellplätze entfallen.

Ein Bürger hält das Fugenmaterial für ungeeignet, da es verweht und die parkenden Pkw mit Staub bedeckt seien.

Frau Stumberg erläutert, dass die Fugen bereits angefangen hätten zu vermoosen, aber noch an einigen Stellen nachgearbeitet werden müsse.

Ein weiterer Bürger fragt, ob die Messungen demnächst auch spätabends und nachts stattfinden werden, da insbesondere zu diesen Zeiten zu schnell gefahren und dadurch die Nachtruhe der Anwohner beeinträchtigt werde.

Frau Stumberg erläutert, dass Messungen vier Tage über einen Zeitraum von vier Tagen - Montag bis Donnerstag - durchgeführt werden und zwar rund um die Uhr. Die Auswertung erfolgt dann viertelstündlich.

### 3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Es gibt zurzeit keine aktuellen Vorhaben des Fachbereiches Städtebau.

### 4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

#### 4 a) Sachstand Entlastungsstraße West

Ein Anwohner der Glückstraße fragt nach den Planungen für die Entlastungsstraße West.

Herr Oberbürgermeister Pistorius erläutert, dass hierüber der Rat der Stadt Osnabrück entscheidet und es bei den im Rat vertretenen Fraktionen unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema gibt. Am 16. Februar 2010 hat der Rat der Stadt beschlossen, die Planungen für die Entlastungsstraße West zurückzustellen, da eine Finanzierbarkeit nicht gegeben sei.

Er weist darauf hin, dass bei der Entwicklung des Kasernengeländes Sedanstraße (ehemalige Scharnhorstkaserne) zu einem Wissenschafts- und Wohnpark das daraus resultierende Verkehrsaufkommen und die verkehrliche Anbindung mit berücksichtigt werden müsse.

#### 4 b) Straßenschäden im Katharinenviertel (Stand der notwendigen Sanierungsmaßnahmen)

Herr Dauer weist darauf hin, dass die in der vorigen Sitzung des Bürgerforums angesprochenen Schäden in der Arndtstraße noch nicht beseitigt wurden. Falls kurzfristig keine Einigung mit dem Bauunternehmen zur Nachbesserung möglich sei, sollte eine anderweitige Lösung gefunden werden. Ähnliche Straßenschäden seien in der Herderstraße vorhanden sowie in weiteren Straßen des Katharinenviertels.

Herr Oberbürgermeister Pistorius führt aus, dass die Verwaltung bestrebt sei, die Angelegenheit schnellstmöglich zu klären.

#### 4 c) Sachstand „Quartier Lotter Straße“ (Bebauung ehemaliges Busdepot) / Bebauungsplan Nr. 577

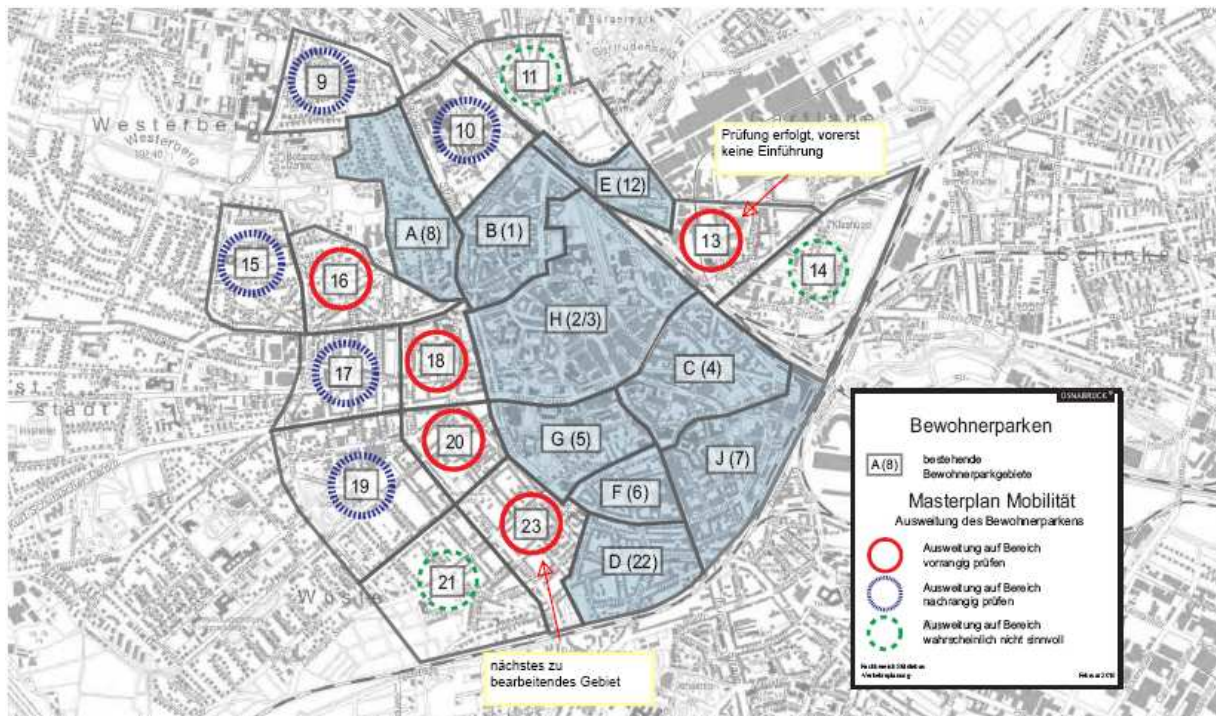
Ein Bürger fragt nach dem Stand der Arbeiten bzw. der Vermarktung des Geländes.

Herr Oberbürgermeister Pistorius berichtet, dass die Abrissarbeiten planmäßig durchgeführt werden. Während der Öffentlichkeitsbeteiligung, die im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens voraussichtlich im Juli/August durchgeführt wird, können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ihre Anregungen und Einwendungen mitteilen.

#### 4 d) Sachstand Bewohnerparken

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Sachstand. Die Gebiete 17 und 18 sollten gemeinsam geprüft werden. Ansonsten werde befürchtet, dass für das Gebiet 17 durch die Verdrängung des Parksuchverkehrs zusätzliche Belastungen entstehen, sofern in den Gebieten 18 und 20 das Bewohnerparken eingeführt wird.

Frau Stumberg erläutert den aktuellen Bearbeitungsstand: Als nächstes wird das Gebiet 23 (begrenzt durch Parkstraße / Rehmstraße / Wall / Hermannstraße) geprüft (siehe Übersichtsplan), danach die Gebiete 20, 18 und 16. Die Prüfung eines Gebietes nimmt ca. ½ Jahr in Anspruch.



Frau Stumberg stellt klar, dass bislang noch keine Entscheidung über die Einführung von Bewohner-Parkzonen getroffen wurde. Dies werde erst nach Prüfung der in Frage kommenden Gebiete geschehen. Bei der Untersuchung würden selbstverständlich die möglichen Auswirkungen auf benachbarte Wohngebiete durch eine Verdrängung der Parkplatz-Suchenden mit berücksichtigt.

Ein Bürger berichtet, dass vor mehreren Jahren im Katharinenviertel eine Befragung der Anwohner zum Bewohnerparken durchgeführt wurde. Obwohl sich bei den Rückmeldungen eine Mehrheit für die Einführung ausgesprochen hatte, wurde im Jahr 2005 der Umsetzung vom Fachausschuss nicht zugestimmt. Die Anwohner würden daher sensibel auf dieses Thema reagieren.

Ein Bürger erkundigt sich nach den Kriterien für die Bearbeitung bzw. Einführung eines Anwohnerparkens.

Frau Stumberg erläutert, dass verschiedene Kriterien zu beachten sind. So müsse es sich z. B. um ein städtisches Wohnquartier mit Mangel an privaten Stellflächen und erheblichem allgemeinen Parkdruck handeln. Bei der Beurteilung werden die städtebauliche Struktur, die Einwohnerdichte, die Zahl der gemeldeten Kfz-Halter u. a. zugrunde gelegt.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist darauf hin, dass es sich bei der Prüfung zur Einrichtung von Bewohnerpark-Zonen um ein komplexes Thema handle. Die Verwaltung sei bestrebt, dennoch Verbesserungen für die Anwohner zu erreichen.



#### **4 e) Bemessung der Hundesteuer**

---

Eine Bürgerin schlägt vor, die Hundesteuer nach der Größe der Tiere zu staffeln.

*Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift:*

Bei der Festsetzung der Hundesteuer ist es gängige Praxis, ausschließlich den einzelnen Hund zu besteuern, und zwar unabhängig von seiner Größe, seinem Wert oder seinem Geschlecht. Gegen diese allgemein übliche auch der Verwaltungsvereinfachung dienende Typisierung besteht nach der Rechtsprechung auch keine Bedenken. Im Übrigen wäre der Vorschlag auch in der Praxis nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand umsetzbar. So müsste z. B. nach Anschaffung eines Welpen dieser dann in regelmäßigen Abständen entweder von der Verwaltung kontrolliert oder vom jeweiligen Halter hier vorgeführt werden, um die derzeitige Größe zu ermitteln und danach ggf. die Steuer anzupassen. Bei einer Steuer von zurzeit 96,00 € pro Jahr für den ersten Hund wäre der in diesem Zusammenhang entstehende Aufwand nicht vertretbar.

Herr Oberbürgermeister Pistorius dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Westerberg, Weststadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann  
Protokollführerin

Anlage  
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

Sitzung des Bürgerforums Westerberg, Weststadt am 11.05.2011

## TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

### 1. Albrechtstraße/Caprivistraße - hier: Fußgängerquerung im Bereich Sophie-Charlotte-Straße

(Bürgerforum am 29.04.2010, TOP 2f):

Die Verwaltung hat für den Bau eines Fußgängerüberwegs an der Caprivistraße zwischen Sophie-Charlotte-Straße und Hörsaalgebäude der Hochschulen zwei Varianten erarbeitet und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Sitzung am 5. Mai 2011 vorgelegt.

Ein Beschluss wurde aber noch nicht gefasst. Er soll voraussichtlich in der nächsten Ausschusssitzung am 26. Mai getroffen werden.

### 2. Verkehrssituation Bismarckstraße

Bürgerforum am 11.11.2010, TOP 2a und Bürgerforum am 29.04.2010, TOP 2e und Bürgerforum am 10.06.2009, TOP 2d

► *Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2 d). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert*